



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Reform der Regelungen zum Umgang mit (finanziellen) Interessenkonflikten in der Bundesregierung und im Bundestag

Aktuell seit 09.09.2026 11:44:47

Angegeben von:

Parlamentwatch e.V. (R000199) am 21.07.2026

Beschreibung:

Die Regelungen zum Umgang mit (finanziellen) Interessenkonflikten in Bundesregierung und Bundestag sind reformbedürftig. Wir setzen uns für eine gesetzlich verpflichtende Regelung für MdB, Regierungsmitglieder und hochrangige Regierungsvertreter:innen zur regelmäßigen Offenlegung ihrer finanziellen Interessen ein, um ihre politische Integrität sicherzustellen. Dazu gehören: - gesetzlich geregelte Offenlegungspflichten zu finanziellen Interessen:

Unternehmensbeteiligungen und die daraus erzielten Einkünfte und andere Vermögenswerte bei Unternehmen sowie Verbindlichkeiten - für Regierungsmitglieder und Regierungsvertreter:innen sollen diese Transparenzpflichten neu eingeführt werden; für MdB sollten sie ausgeweitet und der bisher geltende Schwellenwert von 5 Prozent abgeschafft werden

Betroffene Interessenbereiche (5)

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]

Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]

Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Bundestag" [alle RV hierzu]

Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (3)

AbgG [alle RV hierzu]

BMinG [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (2)

1. **SG2609090009** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2609090011** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.08.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]